



Seite 3:  
Salzlandkreis-LINKE  
lud zum Neujahrsempfang



Seite 9:  
Ehrenamtlicher Einsatz für Natur  
und Umwelt



Seite 10:  
Gedenkveranstaltungen im Salzlandkreis

# DIE LINKE ZEITUNG

02/2019

Spende erbeten

Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis

## Die Kämpfe verbinden

*Der Kampf gegen Rechts braucht sowohl ökonomisch-soziale Antworten, als auch den entschiedenen Kampf gegen Rassismus. Mit Jannine Wissler, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im hessischen Landtag, hat Jan Korte dazu einen Artikel veröffentlicht. Fortsetzung auf Seite 2*



Jannine Wissler und Jan Korte; Bild: Rico Prauss

**Fortsetzung von Seite 1**

Noch nie nach dem Ende des NS-Faschismus waren die Rechten so auf dem Vormarsch wie heute. Noch vor zehn Jahren war kaum vorstellbar, dass in Deutschland eine rechtsextreme Partei im Bundestag und allen 16 Landtagen sitzt und damit völkische, menschenfeindliche und offen rassistische Positionen zum Alltag werden. Gewiss, diese Positionen gab es auch schon vorher. Sie wurden aber nicht derart offensiv und öffentlich, sondern nur halb-öffentlich geäußert. Maßgebliche Teile der etablierten Politik haben zu diesem Rechtsrutsch beigetragen: Jedes Mal, wenn der Innenminister oder andere aus der CDU/CSU auf der Jagd nach Schlagzeilen so reden wie die AfD, wenn das Asylrecht erneut verschärft und Forderungen von Rechtsaußen in die Regierungspraxis übernommen werden, erhöht die AfD ihre Hetzdosis. Damit haben insbesondere die Unionsparteien einen wesentlichen Anteil an der Rechtsverschiebung des politischen Diskurses und der Erosion der Demokratie. Und es bleibt ja nicht bei der Hetze, sondern rechte Gewalt und rechter Terror nehmen seit Jahren zu.

Die Linken in der Bundesrepublik haben also eigentlich reichlich zu tun. Aber bereits in der Analyse der Ursachen für die Rechtsverschiebung, bei der Suche danach, woher der Hass, die Wut und die Hoffnungslosigkeit kommt, driftet vieles auseinander. Einige machen ausschließlich ökonomische Ursachen aus und plädieren für deutliche Umverteilung, andere legen ihren Schwerpunkt auf Identitäts- und Gleichstellungspolitik sowie antirassistische Bündnispolitik. Die naheliegende Aufgabe für Linke muss sein, beides gleichermaßen zu tun.

Daher wollen wir in den folgenden vier Punkten skizzieren, wie eine Strategie gegen die weitere Rechtsverschiebung und gegen die weitere Erosion der Demokratie aussehen könnte. Wir sind der Auffassung, dass eine erfolgreiche Strategie nur dann tragen kann, wenn der Kampf um soziale Gerechtigkeit, der Klassenkampf (um es klassisch auszudrücken), zusammen mit dem Kampf gegen alle Formen des Rassismus und für die Rechte von Minderheiten geführt wird. Nur dann kann es gelingen, Spaltungslinien zu überwinden.

Wir kommen aus sehr unterschiedlichen Wahlkreisen, Frankfurt am Main und Anhalt-Bitterfeld. In Bitterfeld-Wolfen haben viele Menschen nach zwei Deindustrialisierungen (nach der Wende Chemie, dann Solar) die Politik vollständig abgeschlossen. Die Region ist in Teilen geprägt von Abwanderung, Leerstand und Desillusionierung. Frankfurt am Main ist eine reiche Stadt in einer wirtschaftlich starken Region mit viel Zuzug, in der viel Geld verdient wird, aber immer mehr Menschen kaum noch über die Runden kommen und ihre Miete nicht mehr zahlen können. Die Problemlagen sind unterschiedlich, hängen aber miteinander zusammen, das sollte DIE LINKE deutlich machen.

- Die Rechtsverschiebung hat mit der Agenda 2010 und der brutalen Ära des Neoliberalismus zu tun. Wer den Sozialstaat zer-

stört, wer anstelle von Solidarität das Private stellt, der legt die Axt an die Demokratie. Wer Angst vor dem Absturz durch Hartz IV schürt, wer dafür sorgt, dass Krankheit zum sozialen Ausschluss führen kann und dass der Staat in Notlagen nicht mehr helfen wird, der bereitet den gesellschaftlichen Nährboden, auf dem Rechte aufbauen können – wenn dazu noch Feindbilder geschürt werden, um von diesen realen Problemen abzulenken. Gerade die untere Mittelschicht ist anfällig für die Propaganda der AfD. Diese Menschen haben reale Angst, ihren Status zu verlieren und abzustiegen. Oliver Nachtwey hat die heutige BRD treffend als Rolltreppengesellschaft bzw. Abstiegs-gesellschaft beschrieben. Das alte Versprechen „Meinem Kind wird es mal besser gehen“ ist von der Politik aufgekündigt worden. Deshalb muss die Linke die Wiederherstellung des Sozialstaates und die Garantie auf soziale Sicherheit nach vorne stellen.

- Eine linke Parteimuss zwingend eine antirassistische Partei sein. Sie muss an der Seite der vielen Menschen, die sich real den Nazis entgegenstellen, kämpfen, ansprechbar sein und ihren Apparat zur Verfügung stellen. Besonders im ländlichen Raum müssen diejenigen unterstützt und gefördert werden, die im wahrsten Sinne des Wortes ihren Kopf gegen die Rechten hinhalten. Deshalb sind Demonstrationen wie Unteilbar so wichtig: Sie geben Mut, gerade für diejenigen, die oft alleine oder in kleinen Gruppen kämpfen. Deshalb ist es wichtig, dass wir solch breite Mobilisierung unterstützen. Die Gleichstellung von Frauen, die Akzeptanz verschiedener sexuellen Orientierungen und Antirassismus sind keine „Nebenwidersprüche“, der Kampf darum liegt unmittelbar im Interesse der arbeitenden Menschen. Denn nur so können Spaltungslinien überwunden und der Kampf für soziale Gerechtigkeit vereint geführt werden. Nur wenn „the many“ erkennen, dass sie die Vielen sind und sich nicht anhand vermeintlicher Trennungslinien gegeneinander ausspielen lassen, können sie „the few“, den Wenigen, die von diesem Wirtschaftssystem maßgeblich profitieren, Zugeständnisse abringen. Der Kampf gegen den Faschismus liegt im ureigenen Interesse der Arbeiterbewegung.

- Natürlich muss versucht werden, Wählerinnen und Wähler, die von den Linken zur AfD oder in das Nichtwählerlager abgewandert sind, zurückzuholen. Es ist wichtig, eine klare Sprache zu sprechen, die Empfindungen von Menschen zu ertasten und aufzunehmen. Ein Teil der Wählerinnen und Wähler haben ja einmal die Linken gewählt, sind also in ihrer damaligen Abwägung zu dem Ergebnis gekommen, dass DIE LINKE sie am besten vertritt. Um diese Menschen muss gekämpft werden. Und DIE LINKE muss versuchen diejenigen zu erreichen, die gar nicht mehr an Wahlen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Das werden wir dann erreichen, wenn wir glaubwürdig sind und Milieus nicht gegeneinander ausspielen lassen.

- Eine schlagkräftige Strategie muss unserer Ansicht nach internationalistisch sein.

Das bedeutet jenseits von Bekenntnissen konkret für diejenigen zu kämpfen, denen in unserem Land und in anderen Ländern Gewalt angetan wird: Die hier und anderswo unter teilweise denselben Konzernen leiden, die vom Staat gegängelt werden und die schon am Tag der Geburt kaum die Chance auf eine gute Zukunft haben. Konkret: Niemals diejenigen vergessen, denen in deutschen Textildiscountern Tariflöhne vorenthalten werden, niemals die vergessen, die keine andere Wahl haben, als in den Höllen der Textilfabriken in Bangladesch zu schufteten. Das ist internationalistisch. Wir treten deshalb auch für die Rechte von Arbeitsmigranten ein. Wer Lohndumping verhindern will, muss um eine klare Regulierung des Arbeitsmarktes kämpfen. Nur arbeitsfeste Mindestlöhne, die auch kontrolliert werden, die Stärkung der Tarifverträge und die Eindämmung von Leiharbeit und Werkverträgen bieten Schutz vor Lohndumping und davor, dass deutsche oder ausländische Arbeitskräfte als Lohndrücker missbraucht werden. Der Kampf um gleiche Rechte und gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist somit gemeinsames Interesse aller Beschäftigten in Deutschland, unabhängig von Pass und Herkunft.

Wir plädieren also ganz konkret für eine linke Strategie, die die Urrzählung von Sozialistinnen und Sozialisten ist: Nämlich den Kampf um politische und soziale Rechte miteinander zu verbinden, diesen international zu führen und Spaltungen zu überwinden. Dafür brauchen wir eine populäre und aufklärende Politik, die eine Sprache spricht, die nicht nur die Köpfe, sondern auch die Herzen und die Gefühle der Menschen erreicht. Klartext reden heißt konkret, Leiharbeit als moderne Form der Sklaverei zu bezeichnen, Niedriglöhne als Ausbeutung und Privatisierungen als Raub am Gemeinsamen. Kämpfe um den Erhalt der örtlichen Grundschule, des Schwimmbades oder der Bibliothek müssen wir ebenso führen wie Kämpfe um die Rechte von LGBT. Mit „Haupt- und Nebenwidersprüchen“ kommen wir nicht weiter, sondern nur, wenn wir den Zusammenhang von Ausbeutung und Unterdrückung aufzeigen und verständlich machen. Entscheidend aber ist, dass Solidarität konkret in praktischen Kämpfen erlebbar gemacht werden kann und wird.

Die Idee einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, wir nennen es demokratischen Sozialismus, ist eine Idee der Zukunft, die erreichbar ist, wenn wir die Kämpfe, in denen wir aktiv sind, nicht gegeneinander ausspielen lassen. Nur beides gemeinsam – also für Beschäftigte und Erwerbslose, die Menschen jenseits der Großstädte genauso für die vielen besonders jungen Leute in den Zentren – wird glaubwürdig und erfolgreich sein.

**Janine Wissler,**

Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion  
im hessischen Landtag

**Jan Korte,**

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion im Bundestag

# Salzlandkreis-LINKE lud zum Neujahrsempfang

Christian Härtel, Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte

Im Bestehornhaus in Aschersleben startete die Salzlandkreis-LINKE in ein für sie wichtiges Europa- und Kommunalwahljahr 2019. Rund achtzig Gäste aus dem gesellschaftlichen Leben, ehrenamtlich Aktive und politische Weggefährten aus dem gesamten Salzlandkreis folgten am 21. Januar der Einladung des Kreisverbandes, der Kreistagsfraktion, des Bundestagsabgeordneten Jan Korte, der Landtagsabgeordneten Doreen Hildebrandt und des gastgebenden Aschersleber Ortsvereins zum gemeinsamen Neujahrsempfang.

Musikalisch umrahmt vom Popduo „Silence“ stießen Bundestagsmitglied Jan Korte, Kreistagsfraktionsvorsitzende Sabine Dirlich, Ascherslebens Stadtfraktionsvorsitzende Elke Reinke und Salzlandkreis-Vorsitzender Lothar Boese (Foto, von links) gemeinsam mit den ca. 80 Gästen des Abends auf ein erfolgreiches Jahr für den Salzlandkreis und seine Einwohner an, verbunden mit der Hoffnung auf eine hohe Wahlbeteiligung am 26. Mai.

Denn viele der Tischgespräche des Abends drehten sich um die bevorstehende Europa- und Kommunalwahl, an der sich 2014 weniger als die Hälfte der Salzlandkreis-Einwohner beteiligten. Damit will sich DIE

LINKE nicht abfinden. Missstände im Kreis und in der Gemeinde können nur durch eine höhere Wahlbeteiligung zum Besseren verändert werden, wer enttäuscht zu Hause bleibt, der vergibt seine Chance auf Mitgestaltung, so der Tenor vieler Gäste, die sich vielerorts

ehrenamtlich in den Bereichen Sport, Kultur, Soziales und Kommunalpolitik engagieren. Sabine Dirlich nutzte die Gelegenheit, für die offenen Listen der LINKEN zu werben, auf denen neben Parteimitgliedern auch Parteilose kandidieren können.

Direkt aus dem Berliner Bundestag nach Aschersleben angereist war Jan Korte, der in seiner Funktion als 1. Parlamentarischer Geschäftsführer der LINKEN-Bundestagsfraktion den Gästen des Empfangs einen Einblick in

ne Urbat vom Förderverein entgegennahm, soll die Präsentation der historischen Mineraliensammlung unterstützt werden.

In seiner Rede forderte Korte: „Wir brauchen wieder eine starke Interessenvertretung Ostdeutschlands. Diesen Auftrag kann einzig DIE LINKE glaubwürdig erfüllen. Wir wollen in Deutschland und Europa für die Wiederherstellung des Sozialstaates kämpfen, es muss wieder der Grundsatz gelten, dass es unsere Kinder einmal besser haben werden. Die so-



Empfang in Aschersleben; Foto: privat

die neuesten politischen Entwicklungen der Bundespolitik gewährte und einen Scheckscheck in Höhe von 400 Euro für das Industriedenkmal „Alte Ziegelei Westeregeln“ im Gepäck hatte. Mit der Spende des Fraktionsvereins, den Karl-Heinz Schreiber und Christi-

ziale Spaltung, ein konsequentes Nein zur Aufrüstungsspirale und die Überwindung der anhaltenden Benachteiligung Ostdeutscher, ihrer Biografien und Lebensleistung, dies sind die zentralen Fragen unserer Zeit“, gab sich Korte überzeugt.

## Arbeitsfrühstück der Aktiven in Staßfurt

Klaus Magenheimer, Ortsvorsitzender DIE LINKE Staßfurt

Schon zu einer langjährigen Tradition geworden, trafen sich die neugewählten Mitglieder des Ortsvorstandes an einem Sonnabendvormittag, um sich auf die künftigen Aufgaben im Wahljahr einzustimmen.

Zwischenzeitlich gab es zu den Ergebnissen der Mitgliederversammlung kurz vor Weihnachten, eine umfangreiche Berichterstattung im Generalanzeiger.

Der schriftlich vorliegende Arbeitsplan für das Jahr 2019 wurde diskutiert, präzisiert und danach beschlossen. Darin sind solche Maßnahmen geplant, wie ein Alternativer Neujahrsempfang, eine Winterfütterung im

Tierpark und würdige Veranstaltungen zum 8. März. Aufgerufen wurde zur Beteiligung an den Gedenkveranstaltungen aus Anlass des Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, die alljährlich von uns organisiert in Hecklingen und Staßfurt stattfinden. Sachlich und aufgabenbezogen wurde beraten über die konkreten Arbeitsschwerpunkte der Vorstandsarbeit bei der politischen und organisatorischen Vorbereitung der Kommunalwahlen am 26. Mai diesen Jahres.

Am Wahlprogrammwurf wurde weitergearbeitet und Gedanken zu seiner Präzi-

sierung gesammelt. Dazu gibt es auch den regen Gedankenaustausch mit den Mitgliedern der Stadtratsfraktion. Alle waren sich einig, es gibt in den kommenden Tagen noch viel zu tun, um weitere Kandidat\*innen für den Kreistag, den Staßfurter Stadtrat und die Ortschaftsräte zu gewinnen. Sorgen machen vor allem die zunehmende Überalterung und der fehlende Nachwuchs. Zur Vorbereitung der Nominierungsmittgliederversammlung am 26.2.19 wurden die erforderlichen Aufgabenstellungen beschlossen und werden gemeinsam konkret abgearbeitet.

## Straßenausbaubeiträge jetzt aussetzen und schnellstmöglich abschaffen

*Kerstin Eisenreich, stellvertretende Fraktionsvorsitzende*



*MdL Kerstin Eisenreich; Foto: privat*

**Der derzeitige Streit über die Straßenausbaubeiträge innerhalb der Regierungskoalition veranlasst die Fraktion DIE LINKE, einen Antrag einzubringen, mit dem wir eine rechtliche Regelung fordern, Straßenausbaubeiträge vorübergehend aussetzen.**

Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge hat im letzten Jahr auch in Sachsen-Anhalt zu lebhaften Diskussionen geführt. Immerhin hat sich die Mehrheit der im Landtag vertretenen Fraktionen eindeutig dafür ausgesprochen. Auch auf kommunaler Ebene finden sich zunehmend Befürworter.

Uneinig ist man sich bislang darüber, wie

die damit verbundenen Einnahmeausfälle der Gemeinden ausgeglichen werden. Die Fraktion DIE LINKE hat bereits im November 2018 einen Gesetzentwurf im Landtag vorgelegt, um Straßenausbaubeiträge zum 1. Januar 2019 abzuschaffen und die Bürger zu entlasten. Darin enthalten ist auch ein konkreter Vorschlag, wie Einnahmeausfälle der Gemeinden ausgeglichen werden sollen. Nämlich durch zusätzliche Zuweisungen seitens des Landes in Höhe von 27 Millionen Euro und weiteren Erstattungen aus dem Ausgleichsstock.

Mit den jetzigen Streitigkeiten um die Finanzierung versucht die CDU den Prozess hinauszuzögern. Das Problem muss jedoch jetzt zügig und konstruktiv behandelt werden. Fakt ist, dass Gemeinden und Bürger zu Recht auf Antworten seitens des Landes warten. Sie brauchen jetzt Rechtssicherheit, ob sie Straßenausbauvorhaben mit Beiträgen planen können oder nicht, ob sie für bereits begonnene Vorhaben Beiträge eintreiben sollen oder nicht, da sie nach dem geltenden Recht noch dazu verpflichtet sind.

Die Fraktion DIE LINKE bringt daher im Landtag einen Antrag ein, mit dem wir eine rechtliche Regelung fordern, um Straßenausbaubeiträge vorübergehend auszusetzen. Es kann nicht sein, dass die Menschen in Sachsen-Anhalt durch Koalitionsstreitigkeiten hingehalten werden.

## ZUM GEDENKEN AN ROSA – ZITAT DES MONATS:



**„Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung.“**

## Machtkampf in der AfD eskaliert – weniger rechtsextrem wird sie dadurch nicht

*Thomas Lippmann, Fraktionsvorsitzender im Landtag*

**Nach seinen letzten Äußerungen war absehbar, dass André Poggenburg keine Zukunft in der AfD haben wird. Mit weiteren Gleichgesinnten hat er offenbar schon von langer Hand die Gründung einer noch radikaleren Partei vorbereitet und entsprechend mittlerweile die AfD verlassen.**

„Schon seit Monaten wird die Fraktion immer wieder von Streit, Missgunst und Hass zwischen verschiedenen Abgeordneten und ihren Lagern erschüttert. Da kommt die endgültige Spaltung zwischen Poggenburg und seinen einstigen Getreuen nicht überraschend. Durch das nun unausweichliche Ausscheiden Poggenburgs aus der Fraktion verkleinert sich diese weiter auf nur noch 21 Abgeordnete, so er sein Mandat nicht zurückgibt. Dadurch wird die Fraktion erheblich geschwächt, da sie wichtige Minderheitenrechte wie etwa die eigenständige Einsetzung von Kommissionen

und Untersuchungsausschüssen verliert.

Mit Blick auf die Entwicklung der Gesellschaft und die Gefährdung der Demokratie durch Rechtsextreme gibt es jedoch keinen Grund zur Entwarnung. Die Schwächung der AfD-Fraktion resultiert nicht daraus, dass Poggenburg der AfD zu rechts geworden wäre. Die Äußerung des Fraktionsvorsitzenden Kirchner, nach der er nach wie vor auf einer inhaltlichen Linie mit Poggenburg stehe, belegt dies eindeutig. Poggenburg wurde für jeden provokativen, zugespitzten und sich der Rhetorik und Ideen des Nationalsozialismus bedienenden Auftritt im Landtag und andernorts von seiner Fraktion frenetisch gefeiert.

Auch ohne Poggenburg verbleiben in der Fraktion eine Vielzahl von Akteuren, die sich immer wieder mit ausländischerfeindlichen, völkisch-rassistischen und in hohem Maße aggressiven Reden in Szene setzen. Die AfD bleibt eine zentrale Größe im Spektrum neona-

zistischer Gruppierungen in Sachsen-Anhalt. Sie will weiterhin diese Gesellschaft radikal verändern, sie will sie nach rechts verschieben und sie lässt dabei keinen Zweifel daran, wie sie mit denen umzugehen gedenkt, die ihnen dabei im Wege stehen.

Die AfD ist ein von Intrigen und Machtkämpfen geprägter Männerbund, in dem sich jeder möglichst großen Einfluss sichern, nicht aber ernsthafte seriöse Oppositionsarbeit betreiben will. Die ständigen Skandale und Zerwürfnisse zeigen, dass es ausschließlich um Macht, Ränkespiele und Eitelkeiten geht. Nicht zuletzt macht auch der Umgang mit ArbeitnehmerInnen und mit Fraktionsgeldern für die Parteifinanzierung einmal mehr klar: Es gibt nur eine demokratische und ernst zu nehmende Opposition in Sachsen-Anhalt. Das ist DIE LINKE.“

- E n t w u r f ; Antrag an die Kreisversammlung am 02.03.2019 -

## DIE LINKE im Salzlandkreis

### Programm zur Kommunalwahl 2019

**Du** willst Dich einmischen, weil Du vieles schön und erhaltenswert findest, vieles aber Dich auch nervt und frustriert?

**Wir**, die Partei DIE LINKE, sind im Europaparlament, im Bund, den Ländern und in den Kommunen vertreten und politisch aktiv. Aber wir wollen die Politik wieder nach Hause holen, sie vom Kopf auf die Füße stellen. Wir nehmen nicht länger hin, dass die Reichen und Bürokraten sich „OBEN“ nennen, und die mit vielen Ideen, aber wenig Geld „UNTEN“ genannt werden.

**Du** siehst auch, dass die wenigen Superreichen zu viel Macht und Geld haben und Du willst daran etwas ändern?

**Wir** haben ein gerechtes Steuerkonzept, das Geld von „OBEN“ nach „UNTEN“ holen kann und den Kommunen wieder Luft zum Atmen gibt.

**Dich** treibt es um, dass Krieg inmitten unserer Welt Normalität zu werden scheint?

**Wir** sind eine engagierte Friedenspartei. Wenn alle Bürgermeister/innen der Welt von ihren Einwohner/innen einen klaren Friedensauftrag bekämen - wo sollte da Krieg entstehen?

**Dich** ärgern Schulschließungen, steigende Kita-Gebühren, Warteschlangen beim Arzt, lahmendes Internet und zu wenig Bahn- und Busangebote?

**Wir** wollen eine bessere Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass die Dinge, die wir im Alltag brauchen, auch für alle zugänglich sind – von A wie Autobus über H wie Hebamme, K wie Kaufhalle bis Z wie Zahnarzt – in Städten und in den ländlichen Räumen. Was alle brauchen, muss öffentlich sein!

Bei den Kommunalwahlen treten wir an, um dem Trend „Sparen um jeden Preis“ ein Ende zu setzen. Wir wissen, dass zu einer lebenswerten Stadt und einem lebenswerten Dorf mehr gehört, als ein ausgeglichener Haushalt. Jeder Ort hat seine Besonderheiten, für die es sich zu kämpfen lohnt. Aber es gibt auch Forderungen, die im ganzen Landkreis gelten:

- Wir brauchen mehr Anerkennung und Unterstützung für die Menschen, die sich ehrenamtlich in Feuerwehr, Vereinen, sozialen und kulturellen Projekten engagieren.
- Wir brauchen mehr Personal in Schulen, damit kein Unterricht ausfallen muss.
- Wir brauchen gebührenfreie Kitaplätze, die auf kurzen Wegen erreichbar sind.
- Wir brauchen eine gute medizinische Versorgung – in Stadt und Land.
- Wir brauchen ein breites Angebot an Bus und Bahn, das denen nutzt, die es nutzen wollen und das für Kinder kostenfrei ist. Unsere Zukunftsvorstellung ist ein generell fahrscheinloser ÖPNV.
- Wir brauchen einen Internetausbau ohne weiße Flecken auf der Landkarte.

Kurzum, wir brauchen eine Kommune, in der der Mensch und nicht das Geld im Mittelpunkt steht. Wir haben nicht den Stein der Weisen, aber wir kämpfen für unsere Ideen. Wir suchen nach Mehrheiten für unsere Vorschläge. **Darum werben wir um Deine Stimme!**

#### **Wir können Vieles, nur nicht abheben**

Nicht erst seit den letzten Kommunalwahlen arbeiten wir als LINKE im Kreistag, in Stadt- und Gemeinderäten. Mehr noch: Wir sind es zumeist, die aus der Sicht der Benachteiligten

- E n t w u r f ; Antrag an die Kreisversammlung am 02.03.2019 -

## DIE LINKE im Salzlandkreis

### Programm zur Kommunalwahl 2019

**Du** willst Dich einmischen, weil Du vieles schön und erhaltenswert findest, vieles aber Dich auch nervt und frustriert?

**Wir**, die Partei DIE LINKE, sind im Europaparlament, im Bund, den Ländern und in den Kommunen vertreten und politisch aktiv. Aber wir wollen die Politik wieder nach Hause holen, sie vom Kopf auf die Füße stellen. Wir nehmen nicht länger hin, dass die Reichen und Bürokraten sich „OBEN“ nennen, und die mit vielen Ideen, aber wenig Geld „UNTEN“ genannt werden.

**Du** siehst auch, dass die wenigen Superreichen zu viel Macht und Geld haben und Du willst daran etwas ändern?

**Wir** haben ein gerechtes Steuerkonzept, das Geld von „OBEN“ nach „UNTEN“ holen kann und den Kommunen wieder Luft zum Atmen gibt.

**Dich** treibt es um, dass Krieg inmitten unserer Welt Normalität zu werden scheint?

**Wir** sind eine engagierte Friedenspartei. Wenn alle Bürgermeister/innen der Welt von ihren Einwohner/innen einen klaren Friedensauftrag bekämen - wo sollte da Krieg entstehen?

**Dich** ärgern Schulschließungen, steigende Kita-Gebühren, Warteschlangen beim Arzt, lahmendes Internet und zu wenig Bahn- und Busangebote?

**Wir** wollen eine bessere Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass die Dinge, die wir im Alltag brauchen, auch für alle zugänglich sind – von A wie Autobus über H wie Hebamme, K wie Kaufhalle bis Z wie Zahnarzt – in Städten und in den ländlichen Räumen. Was alle brauchen, muss öffentlich sein!

Bei den Kommunalwahlen treten wir an, um dem Trend „Sparen um jeden Preis“ ein Ende zu setzen. Wir wissen, dass zu einer lebenswerten Stadt und einem lebenswerten Dorf mehr gehört, als ein ausgeglichener Haushalt. Jeder Ort hat seine Besonderheiten, für die es sich zu kämpfen lohnt. Aber es gibt auch Forderungen, die im ganzen Landkreis gelten:

- Wir brauchen mehr Anerkennung und Unterstützung für die Menschen, die sich ehrenamtlich in Feuerwehr, Vereinen, sozialen und kulturellen Projekten engagieren.
- Wir brauchen mehr Personal in Schulen, damit kein Unterricht ausfallen muss.
- Wir brauchen gebührenfreie Kitaplätze, die auf kurzen Wegen erreichbar sind.
- Wir brauchen eine gute medizinische Versorgung – in Stadt und Land.
- Wir brauchen ein breites Angebot an Bus und Bahn, das denen nutzt, die es nutzen wollen und das für Kinder kostenfrei ist. Unsere Zukunftsvorstellung ist ein generell fahrscheinloser ÖPNV.
- Wir brauchen einen Internetausbau ohne weiße Flecken auf der Landkarte.

Kurzum, wir brauchen eine Kommune, in der der Mensch und nicht das Geld im Mittelpunkt steht. Wir haben nicht den Stein der Weisen, aber wir kämpfen für unsere Ideen. Wir suchen nach Mehrheiten für unsere Vorschläge. **Darum werben wir um Deine Stimme!**

#### **Wir können Vieles, nur nicht abheben**

Nicht erst seit den letzten Kommunalwahlen arbeiten wir als LINKE im Kreistag, in Stadt- und Gemeinderäten. Mehr noch: Wir sind es zumeist, die aus der Sicht der Benachteiligten

- E n t w u r f ; Antrag an die Kreisversammlung am 02.03.2019 -

## DIE LINKE im Salzlandkreis

### Programm zur Kommunalwahl 2019

**Du** willst Dich einmischen, weil Du vieles schön und erhaltenswert findest, vieles aber Dich auch nervt und frustriert?

**Wir**, die Partei DIE LINKE, sind im Europaparlament, im Bund, den Ländern und in den Kommunen vertreten und politisch aktiv. Aber wir wollen die Politik wieder nach Hause holen, sie vom Kopf auf die Füße stellen. Wir nehmen nicht länger hin, dass die Reichen und Bürokraten sich „OBEN“ nennen, und die mit vielen Ideen, aber wenig Geld „UNTEN“ genannt werden.

**Du** siehst auch, dass die wenigen Superreichen zu viel Macht und Geld haben und Du willst daran etwas ändern?

**Wir** haben ein gerechtes Steuerkonzept, das Geld von „OBEN“ nach „UNTEN“ holen kann und den Kommunen wieder Luft zum Atmen gibt.

**Dich** treibt es um, dass Krieg inmitten unserer Welt Normalität zu werden scheint?

**Wir** sind eine engagierte Friedenspartei. Wenn alle Bürgermeister/innen der Welt von ihren Einwohner/innen einen klaren Friedensauftrag bekämen - wo sollte da Krieg entstehen?

**Dich** ärgern Schulschließungen, steigende Kita-Gebühren, Warteschlangen beim Arzt, lahmendes Internet und zu wenig Bahn- und Busangebote?

**Wir** wollen eine bessere Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass die Dinge, die wir im Alltag brauchen, auch für alle zugänglich sind – von A wie Autobus über H wie Hebamme, K wie Kaufhalle bis Z wie Zahnarzt – in Städten und in den ländlichen Räumen. Was alle brauchen, muss öffentlich sein!

Bei den Kommunalwahlen treten wir an, um dem Trend „Sparen um jeden Preis“ ein Ende zu setzen. Wir wissen, dass zu einer lebenswerten Stadt und einem lebenswerten Dorf mehr gehört, als ein ausgeglichener Haushalt. Jeder Ort hat seine Besonderheiten, für die es sich zu kämpfen lohnt. Aber es gibt auch Forderungen, die im ganzen Landkreis gelten:

- Wir brauchen mehr Anerkennung und Unterstützung für die Menschen, die sich ehrenamtlich in Feuerwehr, Vereinen, sozialen und kulturellen Projekten engagieren.
- Wir brauchen mehr Personal in Schulen, damit kein Unterricht ausfallen muss.
- Wir brauchen gebührenfreie Kitaplätze, die auf kurzen Wegen erreichbar sind.
- Wir brauchen eine gute medizinische Versorgung – in Stadt und Land.
- Wir brauchen ein breites Angebot an Bus und Bahn, das denen nutzt, die es nutzen wollen und das für Kinder kostenfrei ist. Unsere Zukunftsvorstellung ist ein generell fahrscheinloser ÖPNV.
- Wir brauchen einen Internetausbau ohne weiße Flecken auf der Landkarte.

Kurzum, wir brauchen eine Kommune, in der der Mensch und nicht das Geld im Mittelpunkt steht. Wir haben nicht den Stein der Weisen, aber wir kämpfen für unsere Ideen. Wir suchen nach Mehrheiten für unsere Vorschläge. **Darum werben wir um Deine Stimme!**

#### **Wir können Vieles, nur nicht abheben**

Nicht erst seit den letzten Kommunalwahlen arbeiten wir als LINKE im Kreistag, in Stadt- und Gemeinderäten. Mehr noch: Wir sind es zumeist, die aus der Sicht der Benachteiligten

- E n t w u r f ; Antrag an die Kreisversammlung am 02.03.2019 -

## **DIE LINKE im Salzlandkreis**

### Programm zur Kommunalwahl 2019

**Du** willst Dich einmischen, weil Du vieles schön und erhaltenswert findest, vieles aber Dich auch nervt und frustriert?

**Wir**, die Partei DIE LINKE, sind im Europaparlament, im Bund, den Ländern und in den Kommunen vertreten und politisch aktiv. Aber wir wollen die Politik wieder nach Hause holen, sie vom Kopf auf die Füße stellen. Wir nehmen nicht länger hin, dass die Reichen und Bürokraten sich „OBEN“ nennen, und die mit vielen Ideen, aber wenig Geld „UNTEN“ genannt werden.

**Du** siehst auch, dass die wenigen Superreichen zu viel Macht und Geld haben und Du willst daran etwas ändern?

**Wir** haben ein gerechtes Steuerkonzept, das Geld von „OBEN“ nach „UNTEN“ holen kann und den Kommunen wieder Luft zum Atmen gibt.

**Dich** treibt es um, dass Krieg inmitten unserer Welt Normalität zu werden scheint?

**Wir** sind eine engagierte Friedenspartei. Wenn alle Bürgermeister/innen der Welt von ihren Einwohner/innen einen klaren Friedensauftrag bekämen - wo sollte da Krieg entstehen?

**Dich** ärgern Schulschließungen, steigende Kita-Gebühren, Warteschlangen beim Arzt, lahmendes Internet und zu wenig Bahn- und Busangebote?

**Wir** wollen eine bessere Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass die Dinge, die wir im Alltag brauchen, auch für alle zugänglich sind – von A wie Autobus über H wie Hebamme, K wie Kaufhalle bis Z wie Zahnarzt – in Städten und in den ländlichen Räumen. Was alle brauchen, muss öffentlich sein!

Bei den Kommunalwahlen treten wir an, um dem Trend „Sparen um jeden Preis“ ein Ende zu setzen. Wir wissen, dass zu einer lebenswerten Stadt und einem lebenswerten Dorf mehr gehört, als ein ausgeglichener Haushalt. Jeder Ort hat seine Besonderheiten, für die es sich zu kämpfen lohnt. Aber es gibt auch Forderungen, die im ganzen Landkreis gelten:

- Wir brauchen mehr Anerkennung und Unterstützung für die Menschen, die sich ehrenamtlich in Feuerwehr, Vereinen, sozialen und kulturellen Projekten engagieren.
- Wir brauchen mehr Personal in Schulen, damit kein Unterricht ausfallen muss.
- Wir brauchen gebührenfreie Kitaplätze, die auf kurzen Wegen erreichbar sind.
- Wir brauchen eine gute medizinische Versorgung – in Stadt und Land.
- Wir brauchen ein breites Angebot an Bus und Bahn, das denen nutzt, die es nutzen wollen und das für Kinder kostenfrei ist. Unsere Zukunftsvorstellung ist ein generell fahrscheinloser ÖPNV.
- Wir brauchen einen Internetausbau ohne weiße Flecken auf der Landkarte.

Kurzum, wir brauchen eine Kommune, in der der Mensch und nicht das Geld im Mittelpunkt steht. Wir haben nicht den Stein der Weisen, aber wir kämpfen für unsere Ideen. Wir suchen nach Mehrheiten für unsere Vorschläge. **Darum werben wir um Deine Stimme!**

#### **Wir können Vieles, nur nicht abheben**

Nicht erst seit den letzten Kommunalwahlen arbeiten wir als LINKE im Kreistag, in Stadt- und Gemeinderäten. Mehr noch: Wir sind es zumeist, die aus der Sicht der Benachteiligten



## Ehrenamtlicher Einsatz für Natur und Umwelt

Lothar Boese, Kreisvorsitzender

Reinhard Kunert ist in seinem Heimatort Hoym und darüber hinaus im ganzen Altkreis Aschersleben bekannt. Der promovierte Biologe, der sich in seiner aktiven Dienstzeit im Institut für Züchtungsforschung Quedlinburg mit der Züchtung neuer Gemüsesorten beschäftigt hat, engagiert sich seit Jahrzehnten für den Umwelt-, Natur- und Artenschutz in seiner Heimatregion.

In der Stadt Seeland, zu der Hoym jetzt gehört, ist er nicht nur Mitglied des Stadtrates, sondern auch ehrenamtlicher Baumsachverständiger. In dieser Funktion ist er an der denkmalpflegerischen und naturschutzrechtlichen Entwicklung der Parkanlagen in den Ortsteilen beteiligt.

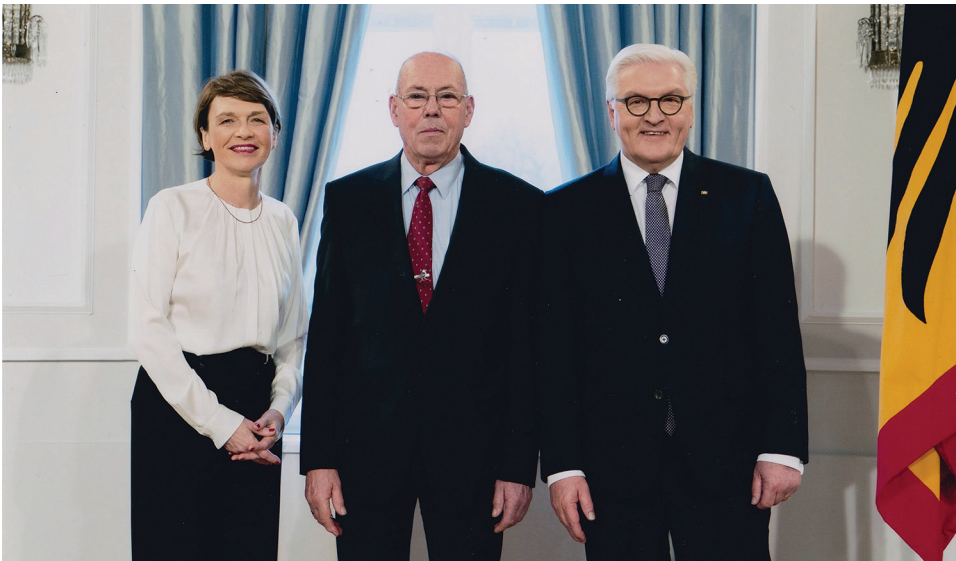
Als Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Naturschutzbeirates im Salzlandkreis unterstützt er mit seinem fundierten Wissen und seiner Tätigkeit die Arbeit der unteren Naturschutzbehörde. Bei Projekten der Landschaftspflege legt er auch regelmäßig selbst Hand an. Beispielhaft sei hier auf den Erhalt der Orchideenwiesen in den Naturschutzgebieten „Große Nachthut“ und „Pfaffenbusch“ verwiesen.

fenbusch“ verwiesen.

Neben vielen anderen Aktivitäten ist auf seine Verdienste bei der Planung und Durchführung von Artenschutzprojekten im Rahmen der Initiative „Lebensraum Kirchturm“ hinzuweisen. Als Beispiel sei der Kirchturm von Hoym benannt, in dem während der Sanierung Lebensräume für Dohlen, Schleiereulen und Turmfalken geschaffen wurden. In diesem Zusammenhang liegt ihm auch die Umweltbildung der jungen Generation am Herzen. Regelmäßig werden von ihm Führungen von Schulklassen zur Förderung des Umweltbewusstseins durchgeführt.

Den Förderverein „Landschaftspark Degnershausen“ unterstützt er ebenfalls als Mitglied des Vorstands.

In Anerkennung seiner langjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit wurde er vom Bundespräsidenten in diesem Jahr zum Neujahrsempfang im Amtssitz Schloss Bellevue in Berlin eingeladen. Reinhard Kunert kandidiert als Mitglied der LINKEN auch in diesem Jahr wieder auf der Liste seiner Partei für den Stadtrat der Stadt Seeland.



Genosse Reinhard Kunert beim Empfang des Bundespräsidenten; Bild: Bundesregierung, Steffen Kugler

## Holocaustgedenktag in Könnern

Martina Schaar,  
Ortsvorsitzende DIE LINKE Könnern

Am Sonntag, dem 27. Januar 2019, fand auf dem Friedhof in Könnern die Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus statt. Mitglieder des Ortsverbandes DIE LINKE Könnern, Sympathisant\*innen und die Mitarbeiterin der Landtagsabgeordneten Christina Buchheim nahmen daran teil. Mit einem Kranz wurden vor allem die 15 KZ-Häftlinge, die hier begraben sind, geehrt. In der Gedenkrede wurde u.a. auf ein Zitat von George Santayana verwiesen: „Wer sich seiner Vergangenheit nicht erinnert, ist verurteilt, sie zu wiederholen.“



Gedenken in Könnern; Foto: privat

## LINKE aus der Region Staßfurt bei traditioneller Luxemburg-Liebkecht-Ehrung

Siegfried Mahlfeld, DIE LINKE Staßfurt

100 Jahre nach ihrer Ermordung haben am Sonntag in Berlin Tausende Menschen an Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht erinnert.

Auch das schlechte Wetter hielt die Teilnehmer aus Staßfurt und Unseburg nicht davon ab, sich traditionsgemäß auf den Weg zu machen, um in ehrendem Gedenken an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde rote Nelken abzulegen.

Der Nachmittag sollte der Teilnahme am viel umworbenen Politischen Jahresauftakt der LINKEN im Saal des „KOSMOS“ vorbe-

halten bleiben. Unter dem Motto „Für einen starken Sozialstaat und konsequente Abrüstung“ gaben nach einer gelungenen Eröffnungsrede durch Jan Korte, auch die Bundesvorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger, die Chefs der Bundestagsfraktion, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch sowie Oskar Lafontaine, Fraktionschef der Linken im Saarland, und Gregor Gysi, Chef der Europäischen Linken kurze Statements zu ihren Prioritäten im Wahljahr ab. Ganz im Sinne von Rosa und Karl riefen sie dazu auf, das linke Bündnis zu

stärken, um eine andere Politik in Deutschland möglich zu machen. Die Regierung Merkel gehört endlich abgewählt! Dies machte Dietmar Bartsch deutlich, indem er feststellte, dass sich in der Merkelzeit sowohl die Zahl der Vermögensmillionäre als auch die Zahl der Kinder, die in Armut leben müssen, verdoppelt hat. Ein Herr Altmeier will Deutschland zum Weltmeister in Künstlicher Intelligenz machen – besser wäre, diese Regierung käme erst einmal in natürlicher Intelligenz auf Durchschnittsniveau.

# Gedenkveranstaltungen in Hecklingen und Staßfurt

Klaus Magenheimer, Ortsvorsitzender DIE LINKE Staßfurt

Für die den Frieden liebenden und gegen rechte Gewalt mahnenden Bürger unserer beiden Städte ist es ein Herzensbedürfnis an die Millionen Opfer des faschistischen Terrors zu denken.

Darum finden aus Anlass des Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee im Jahr 1945, jährliche Gedenkveranstaltungen in Hecklingen und Staßfurt statt. Gemeinsam mit den demokratischen Kräften will unsere Partei auch mahnend aufmerksam machen auf die erschreckende Zunahme rechtsextremen Gedankengutes und die Verdrängung und Verherrlichung der unrühmlichen deutschen Vergangenheit.

Der Redner auf der Veranstaltung in Hecklingen, Dr. Roger Stöcker, Kreisvorsitzender



Gedenkstätte auf dem Hecklinger Friedhof; Foto: privat

der SPD, verwies auf seine persönlichen Erlebnisse im Umgang mit den Ergebnissen der deutschen Geschichte. Er machte seine Schlussfolgerungen vor allem in der Gestaltung der europäischen Zusammenarbeit fest. Auf besorgniserregende politische Bewegun-

gen in der heutigen Zeit ging er leider nicht ein.

Anders der nachfolgende Redner Dr. Rolf Funda während der Gedenkveranstaltung am Mahnmahl auf dem Staßfurter Friedhof. Für ihn ist es erschreckend, dass NPD und AfD mit ihren Geschichtsverfälschungen zunehmend in die Köpfe der Menschen eindringt. Für ihn bleibt die Bewältigung des düsteren Kapitels deutscher Geschichte in den Jahren von 1933 bis 1945 auch heute nach 74 Jahren enorm wichtig. Nicht nur er, sondern auch weitere Redner\*innen bezeichneten es als persönliche Verpflichtung, öffentlich dafür einzutreten, dass sich so etwas niemals wiederholt. Darum ist es auch vorbildlich, dass sich Schüler mehrerer Staßfurter Schulen in die Stolpersteinaktionen einbringen und Kenntnisse aus dieser Zeit bewusst erarbeiten.

Mit Niederlegung von Kränzen des Bürgermeisters von Hecklingen und der Ortsverbände Hecklingen und Staßfurt der Partei DIE LINKE, und dem Abhalten von Schweigeminuten endeten die Veranstaltungen am Sonnabendvormittag bei Regen.

## Kranzniederlegung zum Tag der Opfer des Nationalsozialismus

Christa Beier, Ortsvorsitzende DIE LINKE ELSALAND

Am 27.01.2019 fand in Schönebeck am Mahnmahl für die Opfer des Faschismus eine Kranzniederlegung, organisiert von der LINKEN, statt. Anlass dafür war der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, der vom ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog 1996 ausgerufen wurde. An der Veranstaltung nahmen neben Mitgliedern der LINKEN und der IG Metall auch Stadträte der SPD, der Liedermacher Hansi Hildebrandt und Bürgerinnen und Bürger teil.

In ihrer Rede ging die Ortsvorsitzende

von ELSALAND, Christa Beier, auf die nationalsozialistischen Verbrechen ein, denen vor allem Juden, Sinti und Roma, Behinderte und Homosexuelle, politische Gegner und Kriegsgefangene zum Opfer fielen. Sie sagte, dass es nach wie vor unfassbar ist, was Menschen anderen Menschen antun können und welches Ausmaß und welche Vorsätzlichkeit der Schrecken annehmen kann. Weshalb kann man nicht tolerieren, dass Menschen anders aussehen, anders denken und glauben, anders leben, anders lieben. Gerade das Anderssein

macht Menschen doch aus und bereichert unser aller Leben. Sie warnte auch vor der zunehmenden rechten Gewalt, der entschlossenen entgegen zu treten ist. Die Stadträtin Sabine Dirlich freute sich über die Resonanz, hätte aber erwartet, dass auch Vertreter anderer Parteien und Fraktionen den Weg zum Denkmal gefunden hätten, denn es geht nicht darum, dass die LINKE den Tag für sich vereinnahmen will, sondern dass gemeinsam der Opfer gedacht wird.

## Empfang auf dem Leninplatz

Sigrid Reinicke, Wahlkreismitarbeiterin MdL Christina Buchheim

Auch in diesem Jahr führte MdL Christina Buchheim (DIE LINKE.) ihre bürgernahe Veranstaltungsreihe der alternativen Neujahrsempfänge in verschiedenen Orten des Wahlkreises fort. Am 17. Januar nutzte sie bei einem Imbiss und Heißgetränken die Gelegenheit, in Könnern mit den Menschen auf dem Leninplatz ins Gespräch zu kommen.

Auch das Team von Jan Korte und

Vertreter\*innen der LINKEN aus Stadtrat und Kreistag standen den Bürgern zu persönlichen Gesprächen zur Verfügung und informierten über Aktuelles aus der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik.

Ein Gesprächsschwerpunkt bildete dabei die bundesweite Pflegekampagne „Menschen vor Profite. Pflegenotstand stoppen“. Nach Überzeugung der anwesenden Vertreter der

Linkspartei bewege die Menschen kaum ein Thema mehr als die Frage nach guter und bezahlbarer Pflege der eigenen Angehörigen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. DIE LINKE unterstützt deshalb die bundesweiten Proteste von Beschäftigten, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Initiativen für gute Pflege mit der Kampagne.

# Neues aus „BO Bernburg Talstadt“

Christine Pfeiffer, Vorsitzende „BO Bernburg Talstadt“

Wir führten bereits am 03.01.2019 unsere erste Zusammenkunft im neuen Jahr durch. Im Dezember 2018 hatten wir uns gemeinsam für das Thema „Die Mietpolitik der Bundesregierung“ entschieden. Genosse Prof. Dr. Peter Kaufmann übernahm dazu die Gesprächsleitung und verstand es gut, dieses doch recht schwierige und umfangreiche Thema allen Anwesenden nahe zu bringen. Peter Kaufmann berichtete aus seinen Erfahrungen im Deutschen Mieterbund. Er ist Vorsitzender des DMB Bernburg & Staßfurt.

Insbesondere berichtete er von den Kämpfen um mieterfreundliche Mietrechtsänderungen. Es ist faktisch in letzter Minute vor Weihnachten 2018 im Bundestag gelungen, dass das neue Gesetz bundesweit gilt und nicht nur – wie die so genannte und bisher nicht funktionierende Mietpreisbremse – nur in rund 300 Städten. Übrigens keine dieser Städte liegt in Sachsen-Anhalt. Das neue Gesetz heißt: „Mietrechtsanpassungsgesetz“ und führt u. a. zu einer Begrenzung der Mieterhöhungen nach einer Modernisierung ab 1. Januar 2019. Hat der Vermieter bis zum 31.12.2018 eine wirkungsvolle Modernisierungserklärung geschickt,

gilt noch das alte Recht. Der Vermieter kann 11% der Modernisierungskosten auf die Jahresmiete aufschlagen. Ab 2019 gilt: Der Vermieter darf dann nur noch 8% der Modernisierungskosten auf die Jahresmiete aufschlagen. Immer noch viel zu viel, aber besser als 11%, so Genosse Kaufmann. Das kann im Salzlandkreis u. a. beim Einbau von Personenaufzügen wirken.

Weiter berichtete er, dass die geplante Sonderabschreibung für den Mietwohnungsneubau am 14. Dezember 2018 nicht im Bundesrat behandelt worden ist. Das Thema wurde kurzfristig von der Tagesordnung genommen. Damit gilt sie vorläufig nicht. „Kein Lichtblick beim sozialen Wohnungsbau“, führte er weiter aus. Die geplante und vom Bundestag mit der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossene Grundgesetzänderung, wonach der Bund den Ländern auch nach 2019 Finanzmittel für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung stellen kann, ist im Bundesrat – also auch mit den Stimmen Thüringens – einstimmig abgelehnt worden. Er berichtete über das Abstimmungsverhalten der Parteien im Bundestag zur Wohnungs- und Mietpolitik. Ihm fiel auf, dass die AfD sehr oft mieterunfreundlich



Peter Kaufmann; Foto: privat

abgestimmt hat, die Grünen und die LINKEN mieterfreundlich.

Genosse Kaufmann erklärte sich bereit, auch in anderen BO's über derartige Themen zu berichten.

## Jan Korte auf dem Karlsplatz: Gespräche und Scheckübergabe

Seit vielen Jahren ist es eine gute Tradition: In den ersten Wochen des neuen Jahres lädt der Bundestagsabgeordnete Jan Korte gemeinsam mit Vertretern des Bernburger Ortsverbandes der LINKEN zum alternativen Neujahrsempfang auf den Karlsplatz ein.

„Trotz winterlicher Temperaturen schauten wieder zahlreiche Bürgerinnen und Bürger auf ein gutes Gespräch vorbei“, freut sich Korte. Bei heißen Getränken und einem herzhaften Imbiss nutzten die Passanten die Gelegenheit, sich mit den anwesenden Abgeordneten aus Bund, Kreis und Stadt über Anliegen, Sorgen und Kritik auszutauschen.

Jan Korte nutzte den alternativen Neujahrsempfang auch, um eine Spende an den Kleingartenverein „Chemie und Kali“ zu übergeben. Dorothea Algermissen und Udo Isensee vom Vereinsvorstand kamen auf den Karlsplatz und nahmen dort einen symbolischen Scheck über 500 € entgegen. Die Kleingärtner hatten beim Fraktionsverein der LINKEN um Unterstützung gebeten, da dringende Arbeiten am Vereinsheim anstehen. Das Geld für den Scheck stammte aus dem Fond der LINKEN Bundestagsfraktion, in dem alle Abgeordneten einen Teil ihrer Diäten einzahlen. Interessierte Vereine und Initiativen in den Wahlkreisen der Abgeordneten können auf [www.fraktionsverein.de](http://www.fraktionsverein.de) Unterstützung für ihre Projekte beantragen.



Scheckübergabe auf dem Karlsplatz; Foto: privat

**Kreisvorstand und Redaktion  
gratulieren im  
Februar  
recht herzlich**

zum 88. Geburtstag  
Alfred Müller

zum 86. Geburtstag  
Wolfgang Grötschel

zum 85. Geburtstag  
Helga Wilke  
Helga Wolter  
Rolf Splettstößer

zum 82. Geburtstag  
Joseph Braun

zum 81. Geburtstag  
Isolde Hampe  
Hans-Werner Molde

zum 80. Geburtstag  
Martha Steinecke

zum 70. Geburtstag  
Dieter Eigenwillig

**Wir gratulieren auch allen  
anderen Mitgliedern unseres  
Kreisverbandes, die im  
Februar Geburtstag haben**



**LINKER Stammtisch in Bernburg**

Der nächste LINKE Stammtisch im Bernburger Wahlkreisbüro (Kleine Wilhelmstraße 2b) findet zum Thema **Straßenausbaubeiträge** am **13.03.2019 um 18 Uhr** mit **MdL Kerstin Eisenreich** statt..

**Sitzung der Fraktion DIE LINKE.  
im Kreistag Salzlandkreis**

Die Kreistagsfraktion führt ihre nächsten Sitzung am **04.03.2019 um 18 Uhr** im Staßfurter Fraktionsbüro

**„Kaffee mit LINKS“ in Bernburg  
geht auch im neuen Jahr weiter**

Am **20.02.2019 ab 16 Uhr** gibt es die nächste Gelegenheit, im Bernburger Wahlkreisbüro bei Kaffee und Kuchen ins Gespräch zu kommen.

**Kreisversammlung und besondere  
Kreisversammlung DIE LINKE  
Salzlandkreis in Schönebeck**

Am **02.03.2019** sind alle Genoss\*innen ab **10 Uhr** eingeladen, sich an der Verabschiedung des Wahlprogrammes und an der Wahl der Kandidat\*innenliste für die Kreistagswahl am 26.05.2018 zu beteiligen.

**Besondere Mitgliederversammlung  
DIE LINKE Staßfurt**

Am **26.02.2019, 18 Uhr** im Staßfurter Fraktionsbüro (Löderburger Straße 94). Im Mittelpunkt werden die Wahl der Liste für die Stadtratswahl und die Verabschiedung des Kommunalwahlprogrammes stehen.

**„Frühstück mit LINKS“ in Bernburg**

Am **21.03.2019 um 10 Uhr** findest du das nächste Frühstück mit **MdL Doreen Hildebrandt** statt.

**Nachruf**

In stiller Anteilnahme  
**Horst Wank**

OV ELSALAND  
Kreisvorstand



**Die unvollendet Revolution.  
Deutschland 1918-1920**

Veranstaltung der RLS Sachsen-Anhalt zur Novemberrevolution in Calbe.  
Am **20.02.2019, 18:30 Uhr** in der Heimatstube Calbe/Saale (Markt 13).

**Frauentagsveranstaltungen im  
Salzlandkreis:**

**Ortsverband Bernburg:**

Am 08.03.2019 ab 15:30 Uhr im Saal der Stiftung Evangelische Jugendhilfe (Große Einsiedelsgasse).

**Ortsverband Staßfurt:**

Am 08.03.2019 ab 15 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität (Luisenplatz).



**Sitzung des Kreisvorstandes**

Der Kreisvorstand tagt wieder am **27.02.2019 um 18 Uhr** im Staßfurter Fraktionsbüro (Löderburger Straße 94).

**ClimatePartner<sup>®</sup>  
klimaneutral**

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde klimaneutral gedruckt.

**Einsendeschluss für die nächste  
DLZ ist der 01. März 2019.  
Redaktionsschluss für diese  
Ausgabe war  
der 01. Februar 2019.**

**Herausgeber:**

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis  
[www.dielinke-salzlandkreis.de](http://www.dielinke-salzlandkreis.de)  
[dielinke-slk@t-online.de](mailto:dielinke-slk@t-online.de)  
Postfach 1104, 06391 Bernburg

**Redaktion :**

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),  
Klaus Magenheimer,  
Stefan Deutschmann

**Satz + Layout:** Karsten Noack, Iurii  
Nechyporenko  
**Druck:** Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktionsschluss eingegangenen Artikeln kann die Veröffentlichung nicht garantiert werden.